

**Zusammenfassende Erklärung zum Umweltbericht und
zu den Ergebnissen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
im Rahmen der Erarbeitung des Regionalplans Münsterland, Sachli-
cher Teilplan Kalkstein gemäß § 10 Abs. 3 ROG
– Stand: 25.06.2018 –**

1. Rechtliche Grundlagen

Der Regionalplan Münsterland Sachlicher Teilplan Kalkstein legt auf der Grundlage des Landesentwicklungsplans die regionalen Ziele und Grundsätze der Raumordnung für die Sicherung der Versorgung mit dem Rohstoff Kalkstein fest (§ 18 LPIG). Er bildet den verbindlichen Rahmen für eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt (§ 1 ROG).

Bei der Aufstellung des Regionalplans ist gem. § 8 ROG eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter

- Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt,
- Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft,
- Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie
- die Wechselwirkung zwischen diesen Schutzgütern

zu erfassen und zu bewerten sind.

Gemäß § 10 ROG ist dem Regionalplan eine zusammenfassende Erklärung beizufügen. Gegenstand der zusammenfassenden Erklärung ist

- die Erläuterung, wie Umwelterwägungen in den Regionalplan einbezogen wurden,
- die Erläuterung, wie der Umweltbericht, die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens und die geprüften Alternativen in der Abwägung berücksichtigt wurden sowie
- die Erläuterung, wie die Auswirkungen auf die Umwelt überwacht werden sollen.

2. Ergebnisse der Umweltprüfung

Aufgabe der Umweltprüfung ist es, die Umweltauswirkungen des Plans zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Die folgende Abbildung zeigt, dass die Umweltbelange bereits bei der Erarbeitung des Entwurfs zum Regionalplan, Sachlicher Teilplan Kalkstein und fortlaufend im gesamten Planungsprozess einbezogen wurden.

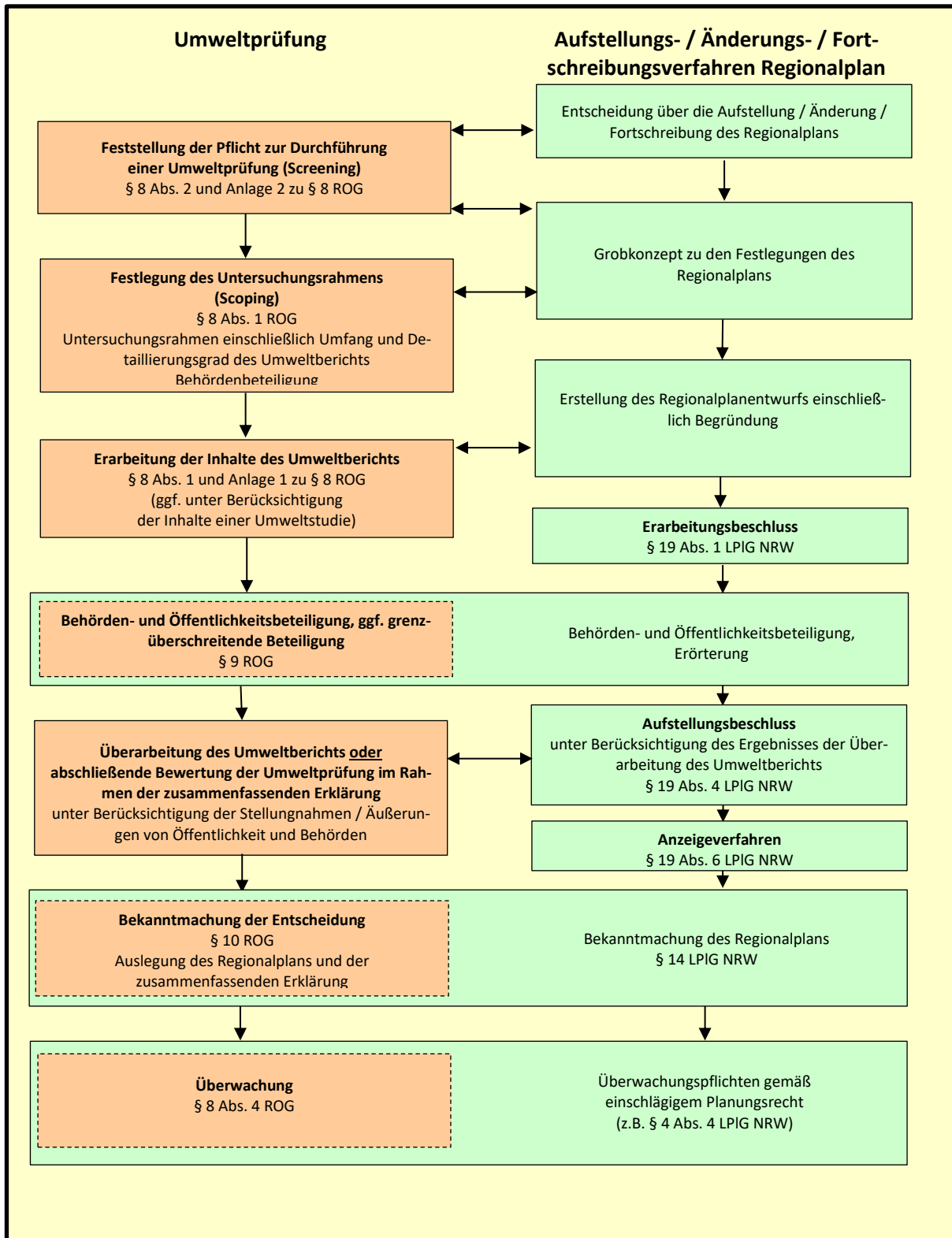


Abbildung: Verfahrensschritte der Umweltprüfung und Integration in das Regionalplanverfahren

Zur Festlegung des Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung wurden die öffentlichen Stellen, deren umwelt- und gesundheitsbezogene Aufgabenbereiche von den

Umweltauswirkungen betroffen sein können, zunächst über die Abgrenzung des Geltungsbereiches, die allgemeine Planungsabsicht, die für die Umweltprüfung vorliegenden Daten und die angeforderten Fachbeiträge informiert.

Die einzelnen Planinhalte wurden hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen untersucht, wobei eine Unterscheidung in Abhängigkeit vom Konkretisierungsgrad der jeweiligen Planfestlegung sowie ihrer Relevanz hinsichtlich voraussichtlich erheblicher Umweltauswirkungen erfolgte. Für räumlich nicht konkrete Festlegungen wurden die Umweltauswirkungen im Wesentlichen verbal-argumentativ bewertet. Dagegen wurden die Bereiche zur Sicherung und zum Abbau des oberflächennahen Bodenschatzes Kalkstein innerhalb von einzelnen Prüfbögen entlang der für einen Regionalplan relevanten Umweltziele und Kriterien beschrieben und bewertet. Dies gilt selbstverständlich nicht für die Bereiche bzw. Teilbereiche der zeichnerischen Festlegungen, die bereits über eine Genehmigung zum Abbau von Kalkstein verfügen. Hier hat bereits auf Genehmigungsebene eine Umweltprüfung stattgefunden. Insgesamt wurden 7 zeichnerische Festlegungen vertieft geprüft. Die Prüfbögen sind als Anhang Teil des Umweltberichts. Im Rahmen der Erarbeitung erfolgte auch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung. Das Ergebnis dieser Prüfung ist ebenfalls in einem Anhang zum Umweltbericht dokumentiert.

Mit Ausnahme eines Abgrabungsbereiches wurden für die übrigen Festlegungen in der vertiefenden Prüfung keine erheblichen Umweltauswirkungen prognostiziert.

In einem zweiten Schritt wurde der Regionalplan in Form einer Gesamtplanbetrachtung unter Berücksichtigung kumulativer Wirkungen und sonstiger Wechselwirkungen geprüft und bewertet. Im Sachlichen Teilplan werden 9 Abgrabungsbereiche mit einer Größe von insgesamt ca. 910 ha dargestellt. Davon sind ca. 630 ha bereits genehmigte Flächen. Neue Abgrabungsflächen umfassen eine Fläche von etwa 280 ha. Bei den 9 Bereichen, die die Versorgung mit dem Rohstoff Kalkstein sicherstellen, handelt es sich entweder um bereits genehmigte Flächen oder um Flächen, die im Zusammenhang mit bereits genehmigten Flächen stehen. Somit konzentriert sich die Rohstoffgewinnung auf Bereiche, in denen bereits ein Eingriff in die Umwelt erfolgt. Kumulative Umweltauswirkungen an anderer Stelle werden so vermieden.

Der Umweltbericht dokumentiert die Schritte des Prüfprozesses und stellt die Ergebnisse der Umweltprüfung zur Erarbeitung des Regionalplans Münsterland Sachlichen Teilplan Kalkstein dar.

3. Berücksichtigung der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens

Nachdem der Regionalrat am 12.12.2016 die Regionalplanungsbehörde mit der Erarbeitung des Sachlichen Teilplans beauftragt hatte, fand in der Zeit vom 02. Januar 2017 bis zum 24. März 2017 die Behördenbeteiligung sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 LPIG in Verbindung mit § 9 ROG statt.

Insgesamt wurden 502 Anregungen und Bedenken zum Umweltbericht vorgetragen, die sich mehrheitlich auf die FFH-Verträglichkeitsprüfung bezogen und überwiegend

vom Landesbüro der Naturschutzverbände, aber auch von dem betroffenen Unternehmen und Vertretern der Wirtschaft vorgetragen wurden. Die Naturschutzverbände kritisierten insbesondere, dass für eine mögliche Vertiefung der Abgrabungsbereiche auf dem Gebiet der Stadt Lengerich keine Verträglichkeitsprüfung durchgeführt wurde. Dagegen wurde im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung speziell von dem betroffenen Unternehmen das Ergebnis der Abweichungsprüfung beanstandet.

Zu jedem Sachargument wurden Meinungsausgleichsvorschläge formuliert und mit den Verfahrensbeteiligten erörtert. Die Auswertung der Anregungen und Bedenken sowie die Erörterung im Rahmen des Meinungsausgleichsverfahrens führte zu einer Änderung des Planungsentwurfs und in diesem Zusammenhang auch zu einer Aktualisierung der Prüfbögen. Darüber hinaus wurden in dem Umweltbericht nach einer Änderung des Raumordnungsgesetzes die Auswirkungen des Plans auf das Schutzgut Fläche betrachtet, die Neubekanntmachung des Landesnaturschutzgesetzes berücksichtigt sowie die FFH-Verträglichkeitsprüfung überarbeitet. Der geänderte Planentwurf und der Umweltbericht wurden im Zeitraum vom 12. März 2018 bis 13. April 2018 erneut ausgelegt. Sowohl aus dem Kreis der Verfahrensbeteiligten wie auch aus der Öffentlichkeit wurden zum Umweltbericht keine neuen Anregungen oder Bedenken vorgetragen.

4. Begründung für die Annahme des Plans nach Abwägung mit den geprüften Alternativen

Gemäß Anlage 1 zu § 8 Abs. 1 ROG sind neben der Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auch Angaben zu in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten zu machen, wobei die Ziele und der räumliche Geltungsbereich des Raumordnungsplans zu berücksichtigen sind.

Bei der Beurteilung, ob anderweitige Planungsmöglichkeiten für den jeweiligen Abgrabungsbereich zur Verfügung stehen, ist zu berücksichtigen, dass bereits während des Planungsprozesses bzw. bei der Ermittlung der Lage sowie der Abgrenzung des Bereiches neben dem Vorhandensein eines Kalksteinvorkommens auch umweltbezogene Kriterien herangezogen worden sind, um nachteilige Umweltauswirkungen möglichst gering zu halten. Im Darstellungskonzept ist beschrieben, welche Flächen vorab als Tabuzonen ausgeschieden worden sind – zum Beispiel:

- FFH- und Vogelschutzgebiete,
- Naturschutzgebiete,
- Überschwemmungsgebiete,
- Wasserschutzgebiete (Zone I bis III b)

Auf diese Weise war bereits der Standortauswahlprozess Teil der Alternativenprüfung.

Was das Schutzgut Boden anbelangt, ist zu berücksichtigen, dass sich über den Kalksteinlagerstätten im Planungsgebiet bevorzugt trockene bis extrem trockene, flachgründige Felsböden entwickelt haben, die in der Karte der schutzwürdigen Böden von NRW mit der Kennzeichnung "sw3_bz" als besonders schutzwürdig gekennzeichnet sind. Der Flächenanteil dieser Böden über den abbauwürdigen Kalksteinvorkommen ist überproportional hoch, so dass ein Ausschluss dieser Flächen vom Planungsprozess trotz ihrer besonderen Schutzwürdigkeit eine langfristige Sicherung der Rohstoffgewinnung gefährden würde. Selbstverständlich aber wurde der Eingriff in dieses Schutzgut in der vertiefenden Prüfung als voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkung beurteilt und darüber hinaus in Ziel 1.6 eine Festlegung zur Kompensation des Eingriffs getroffen.

Das Ergebnis der Umweltprüfung zeigt, dass mit dieser Vorgehensweise das Ziel der integrierten Umweltprüfung, nachteilige Umweltauswirkungen möglichst gering zu halten, erreicht wurde. Lediglich für einen Abgrabungsbereich in Rheine konnten in der Gesamtbewertung erhebliche Umweltauswirkungen nicht ausgeschlossen werden. Neben dem geologisch bedingten Schutzgutkriterium „schutzwürdige Böden“ ist bei diesem Bereich auch das Kriterium „schutzwürdige Biotope“ betroffen. In der Abwägung über die Festlegung überwog, dass es sich um die Erweiterung einer in Betrieb befindlichen Abgrabung in räumlicher Nähe zum Kalkwerk handelt und nur bei einer östlichen Erweiterung keine „schutzwürdigen Biotope“ betroffen wären, dort aber die Lagerstätte begrenzt ist.

Die Erarbeitung des Regionalplans Münsterland, Sachlicher Teilplan Kalkstein trägt in seiner Gesamtheit zu einer nachhaltigen Raumentwicklung bei. Zusammenfassend sprechen insbesondere folgende Gründe für eine Annahme des Plans:

- Bei der Durchführung bzw. Umsetzung des Teilplans sind die voraussichtlich zu erwartenden Umweltauswirkungen durch die Festlegungen des Plans bis auf einen Abgrabungsbereich als nicht erheblich einzustufen.
- In dem Planungsprozess sind bereits bei der Auswahl der Abgrabungsbereiche besonders schutzwürdiger Flächen als Tabuzonen ausgeschieden worden.

5. Maßnahmen zur Überwachung der Umweltauswirkungen

Gemäß § 8 Abs. 4 ROG und § 4 Abs. 4 LPIG sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Regionalplans auf die Umwelt zu überwachen. Zweck der Überwachung ist unter anderem frühzeitig unvorhergesehene negative Auswirkungen zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

Folgende Indikatoren sollen für das Monitoring der Umweltauswirkungen nach Abschluss des Verfahrens, vorrangig im Rahmen bestehender Überwachungsmechanismen, erhoben werden, um die im Umweltbericht prognostizierten erheblichen Auswirkungen zu überwachen:

- Flächenverbrauch (kontinuierliches Flächenmonitoring),
- naturschutzrechtlich streng geschützte Gebiete,
- Erhaltungszustand der Arten und Lebensraumtypen der FFH-RL,
- Zustand Oberflächengewässer/Grundwasserkörper nach WRRL,
- Stickstoff-Emissionen,
- Kohlendioxidemissionen.

Im Umweltbericht sind die wesentlichen Informationen zur Operationalisierung der Indikatoren genannt. Die Tabelle gibt für jeden Indikator Aufschluss über die relevanten Umweltziele, die voraussichtlich von der Umweltauswirkung die der Indikator abbildet betroffenen Schutzgüter, die Datenerfordernisse, Zuständigkeiten und Erhebungsintervalle.

Neben dem Rückgriff auf bestehende Überwachungsmechanismen wird angestrebt, eine Überwachung im Rahmen der Erhebung der Umweltzustandsdaten bei der Fortschreibung des Regionalplans durchzuführen.